

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 50 (1971)

Heft: 5

Artikel: Volksabstimmung über einen britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt?

Autor: Brügel, J.W.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volksabstimmung über einen britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt?

Die Europapolitik der Labour Party

Jetzt, da es scheint, es werde Ernst mit einem britischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt, da kein absolutes französisches Veto mehr vorliegt, wenn auch die Verhandlungen in Brüssel nur langsam vor sich gehen, haben die auch bisher recht rührigen britischen Gegner eines solchen Schrittes ihre Agitation gegen jede Bindung ans europäische Festland verstärkt. Sie sind sowohl im Lager der regierenden Konservativen wie auch im Lager der oppositionellen Labour Party zu finden. Gegen ihre Propaganda kommen die Argumente der Anhänger eines EWG-Beitritts schwer auf. Die unbestreitbare Tatsache, dass im Fall des Beitritts die britischen Lebensmittelpreise nach und nach in die Höhe gehen müssten, wird besonders den Hausfrauen immer wieder in Erinnerung gerufen. Die ebenso unbestreitbare Tatsache, dass das ganze Lebensniveau steigen würde, wird dabei nicht erwähnt. Dass Fleisch oder Milch um 20 % teurer werden, ist sicher unangenehm, aber doch weniger fühlbar, wenn es den Menschen um 40 % besser geht. Die Agitation der Beitrittsgegner, die mit Phantasiezahlen über die angebliche finanzielle Belastung des Landes durch eine Kettung an Europa operieren, hat kaum aus früheren Anhängern eines solchen Schrittes Gegner gemacht. Aber sie hat viele der bisher Gleichgültigen und Uninteressierten mobilisiert. Die Volksstimmung ist jedenfalls stark ablehnend geworden.

Die Führung des Gewerkschaftsbundes und der Labour Party hat sich in dieser Situation mit dem Auskunftsmittel beholfen, man solle mit dem endgültigen Urteil zuwarten, bis die genauen Beitrittsbedingungen vorliegen. Aber was dann? Wilsons Formel «Wir sind für den Beitritt, wenn die Bedingungen annehmbar sind» wird auf die Dauer nicht ausreichen. Die Landarbeiter, die auf jeden Fall werden Opfer bringen müssen, werden alle Beitrittsbedingungen unannehmbar finden, die Automobilarbeiter, die von einem Beitritt profitieren würden, werden unter allen Umständen dafür sein. Am Labour-Parteitag im Oktober 1970 fand ein Antrag, der – wenn er es auch nicht ausdrücklich besagte – die Labour Party auf eine absolute Verwerfung des Beitritts und auf eine Politik des «sacro egoismo» festlegen wollte, beinahe die Mehrheit. Die Verlockung für Labour, sich im Lande durch die Propagandaparole, die Konservativen würden das «Land verkaufen», populär zu machen, ist gross. Harold Wilson hat zwar den Mut gehabt, am Parteitag zu sagen, er halte einen Beitritt unter annehmbaren Bedingungen weiterhin für die günstigste Lösung, aber er ist der beitrittsfeindlichen Propaganda, die sich schliesslich gegen seine Politik wendet, nicht mehr so entschieden wie früher entgegengetreten und

hüllt sich seither meist in Schweigen. Auch andere Labour-Abgeordnete, die sich früher für einen Anschluss ans Festland einsetzten, sind verstummt.

In dieser Situation haben einige (keineswegs alle) Beitrittsgegner eine schon früher gelegentlich gebrauchte Parole aufgewärmt: eine solche Bindung an den Gemeinsamen Markt sei ein so einmaliges Ereignis, dass man darüber nicht das Parlament, sondern das Volk entscheiden lassen müsse. Neuwahlen seien da nicht das richtige Mittel – zwischen den beiden grossen Parteien besteht in dieser Frage kein prinzipieller Gegensatz –, man müsse eine Volksabstimmung abhalten. Dann hätten es die Beitrittsgegner einfach, sie müssten nur von höheren Lebensmittelpreisen sprechen, gegen die «gesichtslosen Bürokraten in Brüssel» Stimmung machen und an den Isolationismus appellieren – schon hätten sie die Volksabstimmung gewonnen. Der frühere Handelsminister Douglas Jay und der frühere Wirtschaftsminister Peter Shore kämpfen für ein Plebiszit. Diesen beiden Beitrittsgegnern sekundiert jetzt der frühere Technologieminister Anthony Wedgwood-Benn, was einigermassen merkwürdig ist, weil er sich gleichzeitig als Anhänger eines Beitritts erklärt. Wie dem auch immer sei, die ungeschriebene, aber deshalb doch existierende britische Verfassung kennt die Einrichtung einer Volksabstimmung nicht, in ihr hat das gewählte Unterhaus das letzte Wort. Als Premierminister hat Harold Wilson 1969 das Verlangen nach einem Plebiszit als dem britischen Verfassungswesen fremd abgelehnt und hinzugefügt, eine Volksabstimmung würde z. B. eine grosse Mehrheit für die Abschaffung der Einkommenssteuer, aber auch für die Erhöhung aller Staatsauslagen ergeben. Die jetzige konservative Regierung beruft sich ausdrücklich auf Wilson in ihrer Ablehnung des Plebiszits. Anthony Wedgwood-Benn hat seinen Vorschlag auf Abhaltung einer Volksabstimmung inzwischen insofern modifiziert, als er sie nur als eine juristisch unverbindliche Ausserung der Meinung der Wählerschaft einführen will. Die Abgeordneten würden dann wissen, wie die Stimmung in ihren Wahlkreisen ist, aber die letzte und verfassungsrechtlich allein massgebende Entscheidung bleibe dem Unterhaus vorbehalten. Das würde nichts anderes bedeuten als einen vom Staat operierten und bezahlten Gallup-Pool. Begreiflicherweise hat der Vorschlag in dieser Form in keinem Lager Gegenliebe gefunden.

Natürlich könnte man die britische Verfassung ändern und für diesen Zweck das Plebiszit einführen (wenn auch nicht in der Wedgwood-Benn vorschwebenden Form), aber auch einige sozialistische Gegner des EWG-Beitritts sehen darin eine Gefahr. Wenn man diese dem Land bisher fremde Institution dann einmal eingeführt hat, würde man schwer dem Ruf nach weiteren Volksabstimmungen widerstreben können. Dann gäbe es bald eine Agitation für die Wiedereinführung der Todesstrafe im Wege eines Plebiszits, für die Bestrafung des gleichgeschlechtlichen Verkehrs unter Erwachsenen und für das strikte Verbot der Abtreibung. Das sind

alles Dinge, die auf sozialistische Initiative vom Unterhaus zur Zeit der Regierung Wilson reformiert wurden und die man dann im Wege von Volksabstimmungen auf den alten Stand zurückführen möchte. Natürlich wird niemand eine Volksabstimmung gegen populäre Einrichtungen anregen, die das Land der Labour Party dankt, etwa den Staatlichen Gesundheitsdienst. Aber wenn eine künftige Labourregierung die von den Konservativen jetzt geplante Einschnürung der Gewerkschaftsfreiheit wieder abschafft und es schon einmal eine Volksabstimmung gegeben hat, werden sich auch da Leute finden, die nach einer solchen gegen die Gewerkschaften rufen. Diese Erwägungen dürften auch die sozialistischen Befürworter einer Volksabstimmung über das Problem des Gemeinsamen Marktes dazu bestimmen, eine ohnehin ziemlich aussichtslose Agitation nicht auf die Spitze zu treiben.

Für die Labour Party bleibt das Problem, wie sie sich einmal einstellen soll, wenn man mit der Abwarteparole nicht mehr auskommt und die genauen Bedingungen für einen britischen Beitritt bekannt sind. Sollte eine Entscheidung vor dem nächsten Parteitag (Anfang Oktober 1971) notwendig sein, hat man beschlossen, zur Formulierung der Haltung der Partei einen eintägigen Sonderparteitag nach London einzuberufen. Dort wird es ein heisses Ringen geben, dessen Ausgang ganz ungewiss ist. Man kann nur hoffen, dass sich Labour nicht aus Erwägungen opportunistischer Natur – man kann durch isolationistische Argumente zweifellos den Konservativen Stimmen abjagen – zu einer Partei eines wenig «splendid» Isolationismus entwickelt.

Sozialismus ist in Wirklichkeit jene Bewegung, die den Einklang zwischen Politik und Moral herstellen möchte.

(Peter Strasser, «Sozialistische Initiative», Europa Verlag Wien, S. 68.)
